Warten auf die Sanierung Schießanlage Waakhausen: Bürger fordern Gemeinde zum Handeln auf

Die Anordnung zur Sanierung ist verfügt, dennoch ist auf der Schießanlage Waakhausen bislang nichts passiert. Die Bürgerinitiative bringt das auf die Palme – sie macht Druck auf die Gemeinde Worpswede.

Von Johannes Kessels 02.07.2025

Die Schießanlage Waakhausen sorgt anhaltend für Unmut. Bei der Bürgerversammlung für den Ort forderten Kritiker abermals eine umgehende Sanierung. Foto Christian Kosak

Auf dem Waakhauser Schießstand geht es nicht voran, der Stillstand auf der Anlage sorgte nun abermals auf der Bürgerversammlung von Waakhausen, die mit 20 Teilnehmern in der Ratsdiele von Worpswede stattfand, für Unmut. Nach Kritik der Bürgerinitiative Naturschutz Worpswede konnte erneut keine Einigkeit erzielt werden, welche Gefahren für das Grundwasser von den Schadstoffen ausgehen, die sich auf dem Gelände, besonders aber in dem Wall aus Plastikfolie, auch als "Wurst" bekannt, befinden. In der nächsten Zeit wollen der Worpsweder Bürgermeister Stefan Schwenke und der Waakhauser Ortsvorsteher Wolfgang Wedelich mit dem Landkreis Osterholz und dem Betreiber sprechen.

Zu Beginn der Bürgerversammlung erinnerte Stefan Schwenke an einen Beschluss des Gemeinderats, wonach auf dem Schießstand eine Freiflächen-Fotovoltaikanlage entstehen darf, wie es der Eigentümer beantragt hat. Dazu, so der Bürgermeister, muss der Flächennutzungsplan geändert werden, und zwar in einem "Zielabweichungsverfahren", das fast so kompliziert sei wie die Aufstellung eines Regionalen Raumordnungsprogramms durch einen Landkreis. Ein Planungsbüro sei bereits beauftragt. Über die Sanierung des Geländes hingegen wolle er nichts sagen. Zuständig sei der Landkreis, und von dem bekomme er seine Informationen auch immer nur auf Nachfrage – "oder auch nicht".

Mit Andreas Oeller meldete sich auch der Mitbegründer der "Bürgerinitiative Naturschutz Worpswede" zu Wort. In dem Kunststoffwall befänden sich 200 Tonnen in Wasser gelöstes Blei und Cadmium, sagte er. Um Leckagen zuvorzukommen, habe bereits vor vier Jahren ein Gutachter die sofortige Entsorgung dieser hochgiftigen Flüssigkeit verlangt. "Sonst trinken Ihre Kühe bald nicht mehr aus den Gräben", sagte Oeller zu den anwesenden Waakhauser Landwirten. Aber die Besitzer der Anlage spielten auf Zeit und blockierten die Entgiftung mit juristischen Winkelzügen und Widersprüchen. Unter anderem in einer vorab verbreiteten Erklärung fordern die BI-Mitglieder den Bürgermeister und den Ortsvorsteher auf, den sofortigen Beginn der Sanierung des Altlastwalls zu veranlassen sowie den schnellstmöglichen Sanierungsbeginn der kontaminierten Flächen verbindlich zu klären.

Ortsvorsteher Wedelich wies darauf hin, dass es drei andere Gutachten gebe, die die "Wurst" als ungefährlich für das Grundwasser erklärten. Und für den Bürgermeister klar, dass der Landkreis das Heft des Handelns in der Hand habe; die Gemeinde könne in dieser Sache nichts entscheiden. Aber alle seien sich einig, dass etwas geschehen müsse. Dass die Betreiber zu "juristischen Winkelzügen" griffen, könne er nicht so stehenlassen, sagte der studierte Jurist: In einem Rechtsstaat habe jeder Bürger das Recht, gegen behördliche Entscheidungen Widerspruch einzulegen und auch zu klagen.

Mittlerweile habe der Landkreis die Sanierung verfügt und dies mit der Androhung von Zwangsgeld verbunden, hat Andreas Oeller erfahren. Man könne nicht sagen, dass die Kreisverwaltung untätig sei, er selber stehe regelmäßig mit dem zuständigen Dezernenten in Kontakt. Bürgermeister und Ortsvorsteher sollten sofort vom Betreiber die Entsorgung der "Wurst" verlangen und einen Beginn der Sanierung der kontaminierten Flächen festlegen. Schwenke sicherte zu, mit den Betreibern und zuvor mit dem Dezernenten des Landkreises zu sprechen.

Dennoch, so ein Teilnehmer, komme es ihm vor wie "ein richtiges Herumgeeiere" – seit sechs Jahren passiere nichts. Ein anderer Bürger sprach gar vom "größten Umweltskandal in Worpswede".